

Zehn gute Gründe für 30 Prozent

Warum die Europäische Union ihre heimischen Treibhausgas-emissionen bis 2020 um mindestens 30 Prozent unter das Niveau von 1990 absenken sollte

Unter dem Eindruck der Katastrophe von Fukushima hat sich Deutschland auf einen Ausstieg aus der Kernkraft innerhalb von elf Jahren verständigt. Zentraler Bestandteil des Energiekonsens ist es aber auch, das „Atomrisiko“ nicht durch ein „Klimarisiko“ zu ersetzen. Gilt es doch, den Umbau zu einer sicheren und nachhaltigen Energieversorgung zu beschleunigen und Deutschland so auf einen klimafreundlichen Entwicklungspfad zu bringen. Dafür brauchen wir eine ambitionierte Klimapolitik auch auf europäischer Ebene: Das EU-Klimaziel für Treibhausgasemissionen muss zügig von den bisher mageren 20 Prozent auf mindestens 30 Prozent Reduktionen innerhalb Europas angehoben werden. Das ist nicht nur ökonomisch und ökologisch richtig, sondern auch ein wichtiges Signal an die Weltgemeinschaft, wie ernsthaft Deutschland und die Europäische Union den gemeinsamen, weltweiten Kampf gegen den Klimawandel verfolgen.

Auf den folgenden Seiten finden Sie zehn gute Gründe, warum Deutschland sich jetzt für die Anhebung des EU-Klimaziels auf 30 Prozent Reduktionen einsetzen sollte.

Die zehn Gründe im Überblick

1. Positive Dynamik für die europäische Wirtschaft

Ein verbindliches Klimaziel von 30 Prozent Reduktionen der europäischen Emissionen bis 2020 kann eine wirtschaftliche Dynamik auslösen, die im Vergleich zu einem 20-Prozent-Szenario europaweit netto sechs Millionen zusätzliche Arbeitsplätze schafft. Mehr noch: Die Investitionsrate könnte von 18 auf 22 Prozent steigen und das jährliche Wirtschaftswachstum von 2,2 auf 2,8 Prozent zunehmen.

2. Sinkende Kosten nach aktuellen Berechnungen der EU-Kommission

Die Kosten eines 30-Prozent-Ziels sind durch die Finanz- und Wirtschaftskrise erheblich gesunken. Zu diesem Ergebnis kommen selbst Modellrechnungen der EU, die die positiven konjunkturellen Auswirkungen eines ehrgeizigen Klimaschutzzieles nur unzureichend abbilden.

3. Sinkende Gesundheitskosten durch weniger Luftverschmutzung

Eine Minderung der Emissionen um 30 Prozent und die damit einhergehende sinkende Luftverschmutzung führen in Deutschland und Europa zu jährlichen Einsparungen im Gesundheitsbereich in Milliardenhöhe.

4. Sinkende Abhängigkeit von Energieimporten

Ambitionierterer Klimaschutz bedeutet auch: Investitionen in Europa anstatt hoher Ausgaben für Energieimporte. In einem 30-Prozent-Szenario fallen die europaweiten Kosten für Öl- und Gasimporte im Jahr 2020 um mindestens 9–14 Mrd. EUR niedriger aus als in einem 20-Prozent-Szenario.

5. Zusätzliche Einnahmen aus dem Emissionshandel

Bei einem 30-Prozent-Ziel liegen die Versteigerungserlöse aus dem Emissionshandel europaweit wieder in den Größenordnungen, mit denen die Finanzminister noch vor der Finanz- und Wirtschaftskrise gerechnet hatten. Deutschland kann über den Zeitraum 2013–2020 mit Mehreinnahmen von 15 Mrd. € gegenüber einem 20-Prozent-Szenario rechnen.

6. Ein Klimaziel von nur 20 Prozent ist nicht ambitioniert

Minderungen der Treibhausgasemissionen von nur 20 Prozent wären kaum mehr als business-as-usual.

7. Langfristiger Klimaschutz erfordert mindestens 30 prozentige Emissionsminderungen bis 2020

Um das vom Europäischen Rat beschlossene Ziel von mindestens 80–95 Prozent Reduktionen kosteneffizient erreichen zu können, müssten bis 2020 die Emissionen in Europa (d. h. ohne Verwendung von Carbon Offsets¹) sogar um mindestens 34 Prozent absinken.

8. Deutsches 40-Prozent-Ziel braucht europäisches 30-Prozent-Ziel

Bleibt die EU bei ihrem 20-Prozent-Ziel, wird Deutschland sein für 2020 gesetztes Ziel von 40 Prozent Reduktionen verfehlen. Dafür sorgt die gesamteuropäische Regelung des Emissionshandels, solange diese auf die Erreichung des niedrigen aktuellen EU-Ziels ausgerichtet ist.

9. Nachteile für energieintensive Industrie sind nicht zu erwarten

Analysen zeigen, dass Produktionsverlagerungen energieintensiver Industrien (Carbon Leakage) kaum zu erwarten sind und gesamtwirtschaftlich nicht ins Gewicht fallen.

10. Schubkraft für die internationalen Verhandlungen

Nach dem Klimagipfel von Cancún schaut die Welt auf die EU. Ein europäisches Klimaziel von 30 Prozent Reduktionen kann eine Aufwärtsspirale in Gang setzen und andere Länder beim Klimaschutz mitziehen.

¹ Als Carbon Offsets bezeichnet man Zertifikate, mit denen der an einem beliebigen Ort der Erde erfolgte Ausstoß von Treibhausgasemissionen durch anderenorts geleistete Vermeidung von Treibhausgasemissionen ausgeglichen werden kann. Dabei entspricht ein Carbon Offset der Verminderung von 1 Tonne CO₂-Äquivalent.

1. Positive Dynamik für die europäische Wirtschaft

Ein verbindliches Klimaziel von 30 Prozent Reduktionen der europäischen Emissionen bis 2020 kann eine wirtschaftliche Dynamik auslösen, die im Vergleich zu einem 20-ProzentSzenario europaweit netto sechs Millionen zusätzliche Arbeitsplätze schafft. Mehr noch: Die Investitionsrate könnte von 18 auf 22 Prozent steigen und das jährliche Wirtschaftswachstum von 2,2 auf 2,8 Prozent zunehmen.

Von dem bestehenden 20-Prozent-Ziel sind kaum neue Investitionsanreize zu erwarten, da 2009 die Emissionen bereits 17,3 Prozent unter dem Niveau von 1990 lagen². Der aktuellen Studie eines internationalen Expertenkonsortiums unter Führung des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK)³ zufolge führt eine Minderung der heimischen Treibhausgasemissionen von 30 Prozent hingegen zu mehr Investitionen und einer positiven Konjunkturentwicklung. Die Studie vergleicht die volkswirtschaftlichen Effekte einer Reduktion der europäischen Emissionen um 30 Prozent bis 2020 mit denen einer Reduktion von nur 20 Prozent. Sie bezieht dabei den – bisher unterschätzten – Einfluss der Politik auf die Erwartungen von Investoren mit ein und berücksichtigt auch die durch Investitionen ausgelösten Lernprozesse in Wirtschaft und Technologie.

Der Studie zufolge profitieren alle großen Wirtschaftssektoren – darunter insbesondere das Baugewerbe – von einem ehrgeizigeren Klimaschutzziel. Dies gilt selbst dann, wenn Länder außerhalb der EU ihre seit dem UN-Klimagipfel von Kopenhagen verkündeten Klimaschutzziele nicht erhöhen. Die entstehende wirtschaftliche Dynamik würde die Investitionsrate in Europa ansteigen lassen und das Wirtschaftswachstum ankurbeln, anstatt dass Europa Milliarden für den Import von Öl und Gas auszugeben. In einem 30-Prozent-Szenario würde im Jahr 2020 das Bruttosozialprodukt damit insgesamt 6,5 Prozent höher liegen als in einem 20-Prozent-Szenario.

Tabelle 1: Wirtschaftliche Dynamik bei 30 Prozent Reduktionen im Vergleich zu einem 20-Prozent-Szenario

Land	Arbeitslosenrate		Investitionsrate		Wachstumsrate	
	20 %	30 %	20 %	30 %	20 %	30 %
Deutschland	8,5 %	5,6 %	14,9 %	18,6 %	1,8 %/a	2,4 %/a
Polen	12,5 %	8,5 %	20,3 %	23,9 %	3,0 %/a	3,7 %/a
Frankreich	8,1 %	5,4 %	18,9 %	22,9 %	2,0 %/a	2,7 %/a
Großbritannien	4,4 %	3,5 %	15,3 %	19,4 %	2,3 %/a	3,1 %/a
Ungarn	4,9 %	3,7 %	20,2 %	23,7 %	2,7 %/a	3,0 %/a
EU-27	7,6 %	5,3 %	18,4 %	22,4 %	2,2 %/a	2,8 %/a

Quelle: PIK 2011

Die nach der Studie zu erwartende Investitionswelle fiel zeitlich zusammen mit der Überwindung der Finanz- und Wirtschaftskrise. Während der Krise wurden Investitionsentscheidungen aufgeschoben, die jetzt auf der Agenda stehen. Durch entsprechende politische Signale könnten diese Investitionen nun in besonders zukunftsfähige Technologien und klimafreundliche Wirtschaftsbereiche gelenkt werden. Damit würde sich Europa auch bei der weltweiten Arbeitsteilung in der Entwicklung emissionsarmer Technologien besser aufstellen, gerade gegenüber China. 2010 wurden in China über 54 Mrd. US-Dollar in saubere Energien investiert und damit deutlich mehr als in jedem anderen Land. Nach dem Ernst & Young 2010 Barometer gelten zurzeit China und die USA als die für Investoren attraktivsten Länder für die Entwicklung von erneuerbaren Energien. Ohne neue Impulse droht Europa ins Hintertreffen zu geraten.

² EEA 2010

³ PIK 2011

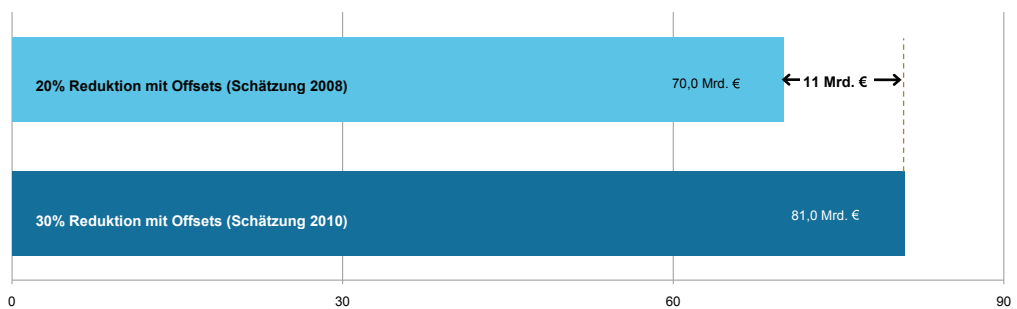
2. Sinkende Kosten nach aktuellen Berechnungen der EU-Kommission

Die Kosten eines 30-Prozent-Ziels sind durch die Finanz- und Wirtschaftskrise erheblich gesunken. Zu diesem Ergebnis kommen selbst Modellrechnungen der EU, die die positiven konjunkturellen Auswirkungen eines ehrgeizigen Klimaschutzzieles nur unzureichend abbilden.

Im Mai 2010 veröffentlichte die Europäische Kommission eine Analyse über die Optionen zur Anhebung des EU-Klimaziels auf 30 Prozent Reduktionen bis 2020. Darin kommt sie zu folgendem Schluss:

„Bei der Analyse, die 2008 zur Untermauerung des Klima- und Energiepakets vorgenommen wurde, wurden die Kosten der Zielerfüllung – auf der Prämisse eines kontinuierlichen Wirtschaftswachstums im Jahr 2020 – auf mindestens 70 Mrd. EUR/Jahr veranschlagt. Bei der jetzigen Analyse wird auch die Rezession berücksichtigt. [...] Wenn man bedenkt, dass die Kosten des Klima- und Energiepakets Anfang 2008 auf 70 Mrd. EUR bzw. 0,45 % des BIP im Jahr 2020 geschätzt wurden, würde der Übergang zu einem Reduktionsziel von 30 % gemessen an den absoluten Kosten des Klima- und Energiepakets im Jahr 2020, wie 2008 prognostiziert, eine Kostenzunahme von 11 Mrd. EUR bedeuten.“⁴

Abbildung 1: Kosten von 30 Prozent (Schätzung 2010) verglichen mit 20 Prozent (Schätzung 2008)



Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Zahlen aus EC 2010a

Die obige Abbildung zeigt, dass die Kostenseite eines 30-Prozent-Ziels wegen der Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2020 nach aktuellen Schätzungen der Europäischen Kommission nur 11 Mrd. EUR höher ausfallen wird, als noch 2008 bei Verabschiedung des Klima- und Energiepakets für ein 20-Prozent-Ziel angenommen wurde. Wohlgemerkt: Hier sind die positiven konjunkturellen Auswirkungen (siehe Grund 1 oben) ambitionierten Klimaschutzes nicht vollständig eingerechnet.

⁴ Europäische Kommission 2010a

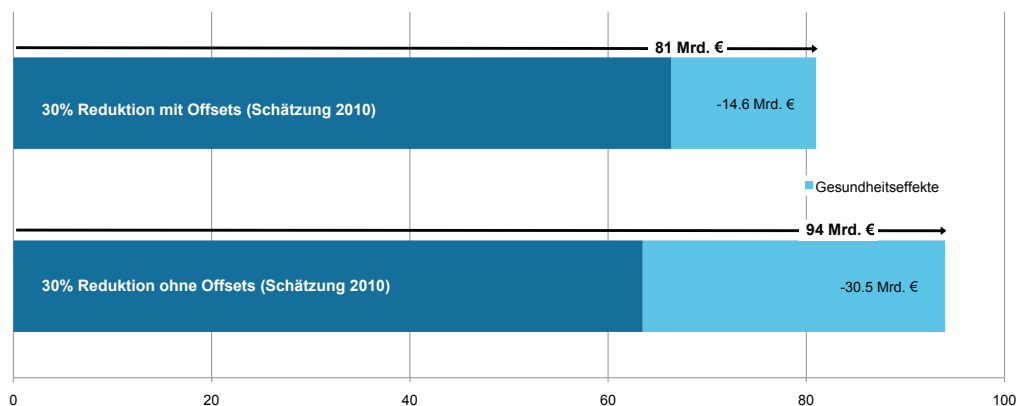
3. Sinkende Gesundheitskosten durch weniger Luftverschmutzung

Eine Minderung der Emissionen um 30 Prozent und die damit einhergehende sinkende Luftverschmutzung führen in Deutschland und Europa zu jährlichen Einsparungen im Gesundheitsbereich in Milliardenhöhe.

Ein 30-Prozent-Ziel führt nach einer aktuellen Studie⁵ wegen der niedrigeren Luftverschmutzung zu Einsparungen im Gesundheitsbereich, die allein im Jahr 2020 mindestens 14,6 Mrd. EUR betragen werden. In einem Szenario, in dem das 30-Prozent-Ziel nur durch Reduktionen innerhalb der EU erreicht wird (d.h. ohne Zukauf von Carbon Offsets von außerhalb der EU), verdoppeln sich die Einsparungen im Jahr 2020 sogar auf über 30 Mrd. EUR. Allein in Deutschland ergeben sich dabei für das Jahr 2020 Einsparungen von 8 Mrd. EUR. Rechnet man diese Einsparungen in die Kostenbilanz ein, wäre es für Europa günstiger, die 30 Prozent Reduktionen komplett durch Investitionen in Europa zu erreichen, anstatt Zertifikate im Ausland einzukaufen.

Zusätzlicher volkswirtschaftlicher Nutzen ergibt sich außerdem daraus, dass eine höhere Luftqualität, neben den direkten Einsparungen im Gesundheitsbereich, auch geringere Schäden an Ökosystemen, Bausubstanz und landwirtschaftlichen Erträgen verursacht.

Abbildung 2: Durch positive Gesundheitseffekte verringerte Kosten eines 30-Prozent-Ziels im Jahr 2020



Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Zahlen aus EC 2010a, HCHWE und HEAL 2010

5 HCWHE und HEAL 2010

4. Sinkende Abhängigkeit von Energieimporten

Ambitionierterer Klimaschutz bedeutet auch: Investitionen in Europa anstatt hoher Ausgaben für Energieimporte. In einem 30-Prozent-Szenario fallen die europaweiten Kosten für Öl- und Gasimporte im Jahr 2020 um mindestens 9–14 Mrd. EUR niedriger aus als in einem 20-Prozent-Szenario.

Die Europäische Kommission hat errechnet, dass Europa jährlich 350 Mrd. EUR für Energieimporte (z. B. Erdöl und Erdgas) ausgibt – Gelder, die nicht in Europa investiert werden. Allein die Ölpreisteigerungen des Jahres 2010 hatten zusätzlichen Ausgaben in Höhe von 0,5 Prozent des europäischen Brutto-Nationaleinkommens zur Folge.⁶ Bei einer Reduktion der Emissionen in Europa um 30 Prozent bis 2020 und dem damit verbundenen Ausbau von erneuerbaren Energien und Energie-Effizienzmaßnahmen könnte Europa diese Importe erheblich absenken und z. B. im Jahr 2020 14 Mrd. EUR an Importkosten einsparen (im Vergleich zu nur 20 Prozent Reduktionen). Wird das 30-Prozent-Ziel nach den Berechnungen der Europäischen Kommission auch durch den Zukauf von Carbon Offsets erreicht (und in der EU entsprechend weniger in klimafreundliche Technologien investiert), fällt diese Einsparung geringer aus, beträgt aber immer noch knapp 9 Mrd. EUR. Bei solchen Einsparungen fließt nicht nur weniger Kapital ins Ausland ab, sondern diese Einsparungen machen Europa auch von Ölpreisschwankungen unabhängiger. Die Berechnungen der Europäischen Kommission (siehe nachstehende Tabelle) sind sehr konservativ, da sie von einem sehr niedrigen Ölpreis von 88,4 USD im Jahr 2020 ausgehen. Der Chef-Ökonom der Internationalen Energieagentur Fatih Birol hat erst kürzlich darauf hingewiesen, dass in den nächsten drei Jahren mit einem Ansteigen der Ölpreise noch einmal um gut 30 Prozent zu rechnen ist.⁷

Tabelle 2: Sinkende Energieimporte bei 30 Prozent Reduktionen (im Vergleich zu 20 Prozent)

	30 % mit Carbon Offsets		30 % ohne Carbon Offsets	
	Einsparungen	Importe	Einsparungen	Importe
Ölimporte	-5,5 Mrd. €	-11 Mtoe ⁸	-9,7 Mrd. €	-18 Mtoe
Gasimporte	-3,6 Mrd. €	-10 Mtoe	-4,5 Mrd. €	-12 Mtoe
Summen	-9,1 Mrd. €	-21 Mtoe	-14,1 Mrd. €	-30 Mtoe

Quelle: EC 2010b

6 Financial Times, Oil Price Soaring, 5. Januar 2011

7 Siehe z. B. <http://www.abc.net.au/news/stories/2011/04/28/3202209.htm>

8 Millionen Tonnen Öl-Äquivalente

5. Zusätzliche Einnahmen aus dem Emissionshandel

Bei einem 30-Prozent-Ziel liegen die Versteigerungserlöse aus dem Emissionshandel europaweit wieder in den Größenordnungen, mit denen die Finanzminister noch vor der Finanz- und Wirtschaftskrise gerechnet hatten.

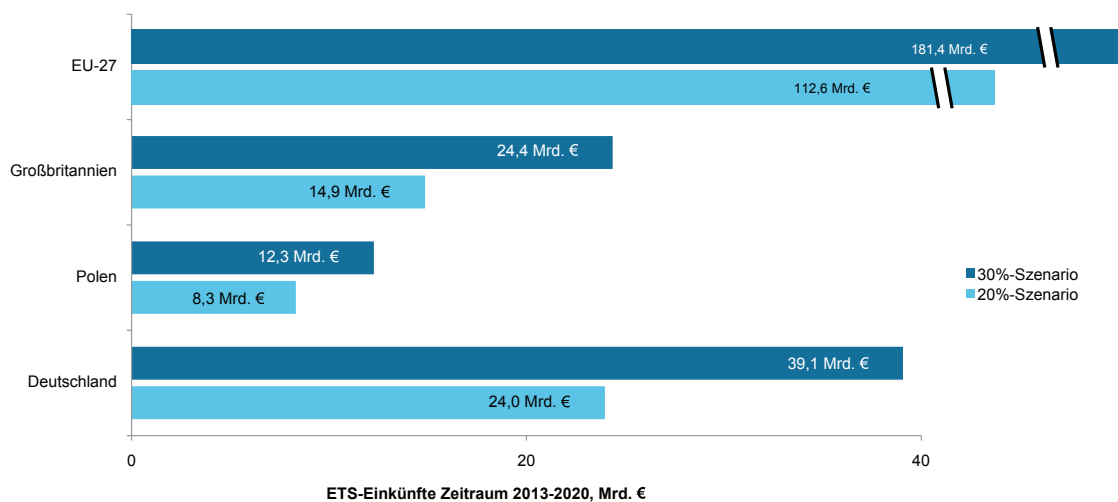
Deutschland kann über den Zeitraum 2013–2020 mit Mehreinnahmen von 15 Mrd. € gegenüber einem 20-ProzentSzenario rechnen.

2008, als die Staats- und Regierungschefs das Europäische Energie- und Klimapaket verabschiedeten, galt es noch als sicher, dass bei einem 20-Prozent-Ziel der Zertifikatspreis im Emissionshandel (ETS) im Jahr 2020 bei etwa 30 EUR pro Tonne CO₂-Äquivalent liegen würde. 2010 brach dieser Preis infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise um die Hälfte ein. –Erhebliche Mindereinnahmen aus der Versteigerung der Zertifikate für die öffentlichen Haushalte der EU-Mitgliedsstaaten sind die Folge.

Eine Anhebung des EU-Klimaziels auf 30 Prozent Reduktionen würde nicht nur den Zertifikatspreis wieder erhöhen (und damit Investitionen in den Klimaschutz attraktiv machen), sondern gegenüber einem 20 % -Szenario zusätzliche Versteigerungserlöse im Emissionshandel in Höhe von 70 Mrd. EUR (Zeitraum 2013–2020) erzielen.⁹ Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des Öko-Instituts. In Deutschland lägen demnach die Mehreinnahmen durch ein 30-Prozent-Ziel gegenüber einem 20-Prozent-Ziel bei rund 15 Mrd. EUR. Andere Studien kommen zu ähnlichen Zahlen.¹⁰

Die zusätzlichen Einnahmen machen es möglich, die notwendige Energie- und Verkehrswende zu finanzieren und helfen bei der Erfüllung der 2010 in Kopenhagen gemachten Zusagen über finanzielle Unterstützung der armen Länder beim Klimaschutz und bei der Anpassung an die Folgen des Klimawandels.

Abbildung 3: Versteigerungserlöse aus dem Emissionshandel für die öffentlichen Haushalte bei 20 Prozent bzw. 30 Prozent Reduktionen



Quelle: Öko-Institut 2010a

⁹ Ökoinstitut 2010a

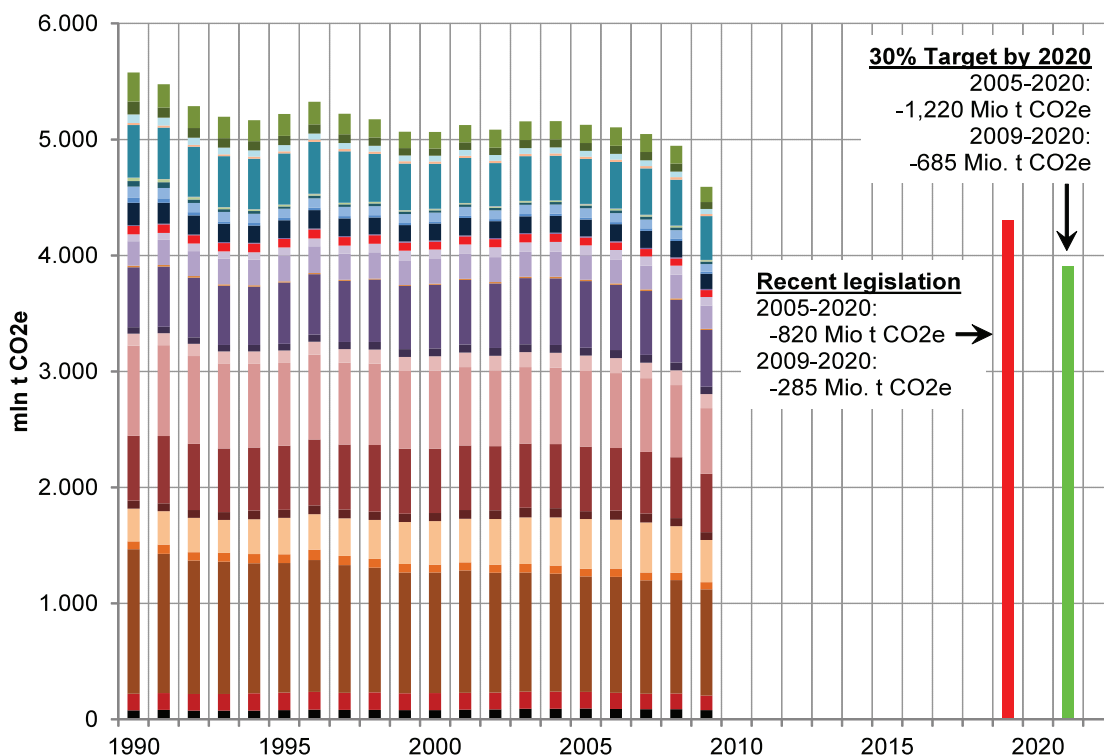
¹⁰ z. B. Climate Strategies 2011

6. Ein Klimaziel von nur 20 Prozent ist nicht ambitioniert

Minderungen der Treibhausgasemissionen von nur 20 Prozent wären kaum mehr als business-as-usual.

Auch wenn nach der Finanz- und Wirtschaftskrise die Emissionen wieder leicht steigen werden, entsprechen 20 Prozent Reduktionen bis 2020 nach Ansicht der Europäischen Kommission nicht mehr als einem business-as-usual-Szenario.¹¹ Die Treibhausgasemissionen der EU lagen 2009 bereits um 17,3 Prozent unter dem Niveau von 1990.¹² Zwar werden nach der Finanz- und Wirtschaftskrise die Emissionen wieder steigen. Dennoch gilt das 20-Prozent-Ziel für 2020 als so gut wie erreicht. Weitere Anstrengungen sind kaum nötig, wie die nachstehende Abbildung zeigt. Die EU-Mitgliedstaaten müssen unter dem geltenden Rechtsrahmen nur noch eine zusätzliche Minderung von 285 Mio. Tonnen CO₂-Äquivalent in dem Zeitraum von 2009–2020 erbringen. Bei einem 30-Prozent-Ziel müsste die EU bis 2020 eine Minderung von insgesamt 1,22 Mrd. Tonnen leisten, hiervon hat sie aber mit 535 Mio. Tonnen bereits fast die Hälfte erreicht. Im März 2011 legte die Europäische Kommission eine Analyse, aus der hervorgeht, dass die europäischen Emissionen bis 2020 um 25 Prozent unter das Niveau von 1990 sinken, wenn die EU ihre längst verabschiedeten Ziele erreicht, insbesondere im Bereich Energieeffizienz.¹³

Abbildung 6: Verbleibende Minderungsmengen bis 2020 unter dem geltenden Rechtsrahmen sowie unter einem 30 Prozent Minderungsziel



Quelle: Öko-Institut 2011b

Romania	Estonia	Greece
Bulgaria	Czech Republic	United Kingdom
Slovakia	Cyprus	France
Slovenia	Sweden	Finnland
Poland	Portugal	Spain
Malta	Netherlands	Denmark
Latvia	Luxembourg	Germany
Lithuania	Italy	Belgium
Hungary	Ireland	Austria

11 EC 2011

12 EEA 2010

13 EC 2011

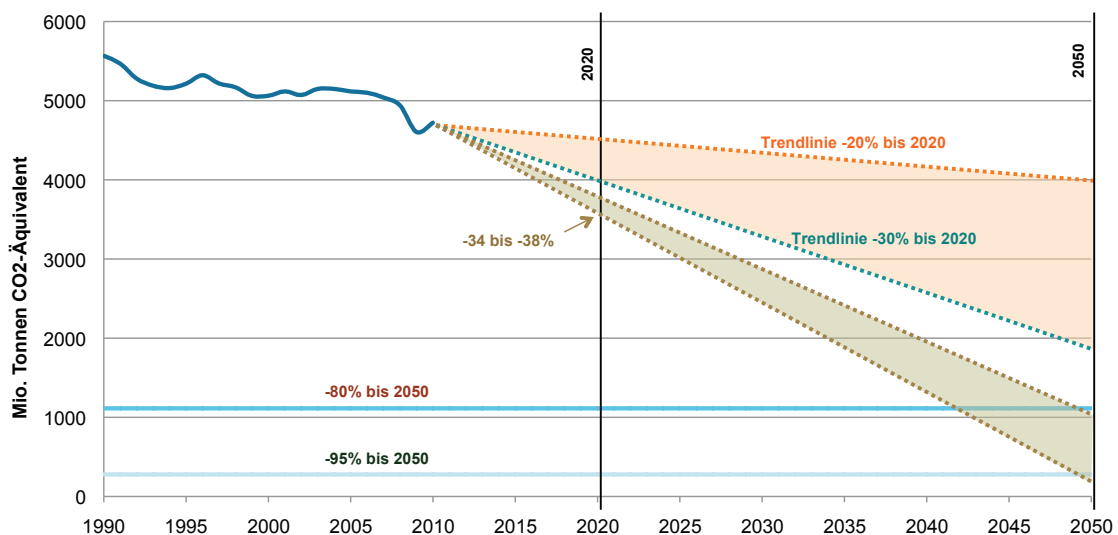
7. Langfristiger Klimaschutz erfordert mindestens 30 prozentige Emissionsminderungen bis 2020

Um das vom Europäischen Rat beschlossene Ziel von mindestens 80–95 Prozent Reduktionen kosteneffizient erreichen zu können, müssten bis 2020 die Emissionen in Europa (d. h. ohne Verwendung von Carbon Offsets¹⁴) sogar um mindestens 34 Prozent absinken.

Schon Ende der 1990er Jahre hatte sich die EU das Ziel gesetzt, die Erwärmung der globalen Durchschnittstemperatur auf unter 2°C zu begrenzen. Im Oktober 2009 haben die Staats- und Regierungschefs der EU beschlossen, dafür die Treibhausgasemissionen der EU bis 2050 um mindestens 80–95 Prozent unter das Niveau von 1990 abzusenken. Um dieses Ziel realistisch erreichen zu können, ist ein Verbleib bei nur 20 Prozent Reduktionen bis 2020 nicht ausreichend.

Die nachstehende Abbildung zeigt, dass selbst Reduktionen von 30 Prozent bis 2020 nicht für das weniger ambitionierte 2050-Szenario der Europäischen Kommission ausreichen. Dieses Szenario sieht eine Reduktion der heimischen Emissionen um 80 Prozent bis 2050 vor. Bei einer linearen Verringerung der Emissionen müssten die europäischen Emissionen bis 2020 um mindestens 34 Prozent sinken. Noch stärkere Emissionsminderungen wären bis 2020 nötig, wenn die Emissionen bis 2050 um 95 Prozent sinken sollen. Dies ist unabdingbar, um eine globale Erderwärmung über 2° zu vermeiden. Belässt es die EU bei dem Klimaziel einer 30 prozentigen Emissionsminderung, dann müssten die Emissionen nach 2020 deutlich stärker sinken. Der damit wesentlich steilere Reduktionspfad würde sehr viel kostspieliger. Ökonomisch und politisch ist dies der deutlich schwieriger Weg.

Abbildung 5: Linearer Emissionspfad bis 2050 erfordert eigentlich mindestens 34 Prozent Minderung bis 2020



Quelle: CAN Europe 2011

14 Als Carbon offsets bezeichnet man Zertifikate, mit denen der an einem beliebigen Ort der Erde erfolgte Ausstoß von Treibhausgasen durch anderenorts geleistete Vermeidung von Treibhausgasen ausgeglichen werden kann. Dabei entspricht ein Carbon Offset der Verminderung von 1 Tonne CO₂ Äquivalent.

8. Deutsches 40-Prozent-Ziel braucht europäisches 30-Prozent-Ziel

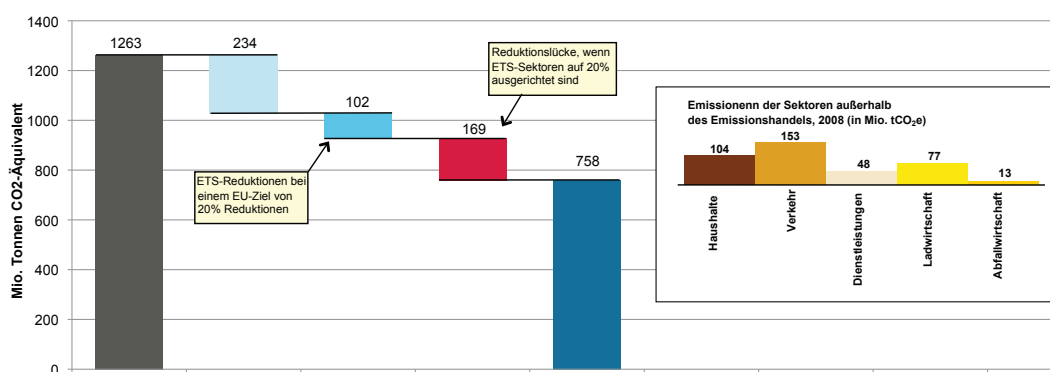
Bleibt die EU bei ihrem 20-Prozent-Ziel, wird Deutschland sein für 2020 gesetztes Ziel von 40 Prozent Reduktionen verfehlen. Dafür sorgt die gesamteuropäische Regelung des Emissionshandels, solange diese auf die Erreichung des niedrigen aktuellen EU-Ziels ausgerichtet ist.

Die Bundesregierung und die Bundeskanzlerin persönlich haben wiederholt ihr Ziel bekräftigt, bis 2020 die Gesamtemissionen Deutschlands um 40 Prozent unter das Niveau von 1990 abzusenken, d.h. von jährlich 1263 Mio. Tonnen auf jährlich 758 Mio. Tonnen CO₂-Äquivalent in 2020. Bis 2005 waren die Gesamtemissionen um bereits jährlich 234 Mio. Tonnen reduziert worden. Deutschland muss seine Emissionen im Zeitraum zwischen 2005 und 2020 also schrittweise weiter reduzieren, um in 2020 mit einem zusätzlichen jährlichen Minderungsbeitrag von 271 Mio. Tonnen das 40-Prozent-Ziel zu erreichen.

Die nachstehende Abbildung verdeutlicht, warum das 40-Prozent-Ziel der Bundesregierung nicht zu erreichen ist, wenn nicht der Minderungsbeitrag der am Emissionshandel beteiligten Sektoren, d.h. der Energieversorger und der energieintensiven Industrie, gesteigert wird. Der Emissionshandel, und damit auch die Minderungsleistungen der an ihm beteiligten Sektoren, ist auf europäischer Ebene geregelt und zurzeit am gegenwärtigen EU-Klimaziel von 20 Prozent Reduktionen ausgerichtet. Bleibt es dabei, würden diese Sektoren zu den jährlichen 271 Mio. Tonnen Reduktionen in 2020, die zur Erreichung des 40-Prozent-Ziels noch erzielt werden müssen, nur 102 Mio. Tonnen pro Jahr beitragen. Das hieße: Die Sektoren außerhalb des Emissionshandels müssten ihren Emissionspfad zwischen 2005 und 2020 schrittweise so absenken, dass sie in 2020 zusammen einen Minderungsbeitrag von 169 Mio. Tonnen erbringen, obwohl sie z. B. 2008 insgesamt nur 405 Mio. Tonnen ausstießen. Die kurzfristigen Reduktionsmöglichkeiten in den Sektoren Abfallwirtschaft und Landwirtschaft sind jedoch begrenzt. Der Transportsektor wird vor allem auf europäischer Ebene reguliert. Die Bundesregierung hat hier nur geringen Handlungsspielraum. Also müsste ein Großteil der 169 Mio. Tonnen dadurch erbracht werden, dass die Emissionen in den Sektoren Haushalte bzw. Gebäudebereich und Dienstleistungen in knapp zehn Jahren fast auf null sinken. Das ist unmöglich.

Darum muss der Beitrag der am Emissionshandel beteiligten Sektoren zum deutschen 40-Prozent-Ziel erhöht werden. Das aber geht nur über eine deutliche Anhebung des EU-Klimaziels für 2020 auf mindestens 30 Prozent Reduktionen und die sich daraus ergebende Verringerung der Zertifikate im Emissionshandel.

Abbildung 4: Minderungslücke beim 40-Prozent-Ziel in Deutschland, wenn die EU bei 20 Prozent bleibt



Quelle: Öko-Institut 2010b

9. Nachteile für energieintensive Industrie sind nicht zu erwarten

Analysen zeigen, dass Produktionsverlagerungen energieintensiver Industrien (Carbon Leakage) kaum zu erwarten sind und gesamtwirtschaftlich nicht ins Gewicht fallen.

Einige energieintensive Industriebranchen befürchten eine zu starke Belastung durch die Anhebung des europäischen Klimaziels und drohen den Regierungen mit Abwanderung in Länder mit geringeren Klimaschutzanstrengungen bzw. in Länder, in denen Treibhausgasemissionen nicht durch ein Emissionshandelssystem mit einem Preis versehen sind (Carbon Leakage).

Die Studien, die bisher zu diesem Thema vorliegen, belegen nicht, dass es zu dieser Abwanderung kommen wird. Ein Großteil der deutschen Unternehmen spürt die Preissteigerungen bei den Emissionshandelszertifikaten nur wenig, da im Durchschnitt die Energiekosten weniger als zehn Prozent der Wertschöpfung betragen. Potenziell betroffen wären energieintensive Industriezweige wie etwa die Stahl- oder Aluminiumindustrie sowie Raffinerien, Papier- und Düngemittelproduzenten. Sie tragen im hochindustrialisierten Deutschland zusammen mit einem Anteil von rund 2,5 Prozent am Bruttoinlandsprodukt bei.

Nach einer Studie von CE Delft standen diese Branchen zumindest in den ersten beiden Perioden des Emissionshandels (2005–2007 und 2008–2012) nur unter geringem Kostendruck durch ausländische Konkurrenten. Sie konnten vielmehr den Wert der (kostenlos zugeteilten) Zertifikate des Emissionshandels ohne Absatzrückgänge teilweise einpreisen. Für den Zeitraum 2005–2007 beziffert CE Delft die damit ermöglichten Zusatzgewinne der Eisen- und Stahlindustrie sowie der Raffinerien auf 14 Mrd. EUR.¹⁴

Auch in der dritten, 2013 startenden Handelsperiode erhalten die energieintensiven Industriebranchen ihre anlagenbezogene Zuteilung zu 100 Prozent kostenlos, sofern sie nach den Kriterien der Europäischen Kommission von Carbon Leakage bedroht sind. Das betrifft derzeit 164 Industriezweige und rund 80 Prozent der industriebasierten Emissionen. Die übrigen Industriezweige erhalten 80 Prozent ihrer anlagenbezogenen Zuteilung gratis. In ihrer Analyse aus dem Jahr 2010 kommt die Europäische Kommission zu dem Schluss, dass es bei einer Anhebung des EU-Klimaziels auf 30 Prozent Reduktionen in den energieintensiven Industriezweigen nur zu sehr marginalen Produktionsrückgängen kommen dürfte. Selbst unter der pessimistischen Annahme, dass andere Länder bei ihren Klimaschutzanstrengungen am unteren Rand ihrer seit Kopenhagen angekündigten Spannbreiten verbleiben, liegen die Produktionsrückgänge in den energieintensiven Branchen der EU schlimmstenfalls bei etwa 1,2 Prozent, vermutlich aber deutlich darunter.¹⁵

¹⁴ CE Delft 2010. Hinzu kommt die erhebliche Überversorgung mit kostenlosen Zertifikaten in den beiden ersten Handelsperioden, die nicht nur die Klimaschutzanstrengungen untergraben, sondern auch z. B. ThyssenKrupp bis 2012 durch den Verkauf der überschüssigen Zertifikate voraussichtlich Zusatzgewinne in Höhe von 352 Millionen und BASF von 115 Millionen Euro ermöglichen. Siehe Öko-Institut 2011a.

¹⁵ EC 2010b.

10. Schubkraft für die internationalen Verhandlungen

Nach dem Klimagipfel von Cancún schaut die Welt auf die EU. Ein europäisches Klimaziel von 30 Prozent Reduktionen kann eine Aufwärtsspirale in Gang setzen und andere Länder beim Klimaschutz mitziehen.

Der Klimagipfel im Dezember 2010 in Cancún hat eine wichtige Verschiebung in der internationalen Klimadiplomatie offenbart. Neben einem internationalen, rechtsverbindlichen Abkommen, das auch weiterhin für die notwendige Rahmensetzung nötig ist, setzen die Akteure inzwischen einerseits auf das konkrete Voranschreiten beim nationalen Klimaschutz und andererseits auf Koalitionen und Kooperationen von Industrieländern und den vom Klimawandel besonders betroffenen Staaten. Dadurch kann wieder Dynamik auch in die internationalen Verhandlungen eingebracht werden. Der Europäischen Union kommt hier eine zentrale Rolle zu.

Das gegenwärtige 20-Prozent-Ziel der EU liegt noch unterhalb der unteren in Cancún beschlossenen Spannbreite der Emissionsminderung für die Industrieländer von 25–40 Prozent bis 2020 gegenüber 1990. Diese Spannbreite wurde auch vom Weltklimarat IPCC 2007 als notwendig angesehen, um zumindest mit 50-prozentiger Wahrscheinlichkeit zu verhindern, dass die globale Erwärmung um mehr als 2°C Temperaturerhöhung steigt.

Damit steht die Glaubwürdigkeit der EU auf dem Spiel. Denn man muss ihr die Ernsthaftigkeit in Abrede stellen, die Erderwärmung unter 2°C zu begrenzen. Weiteren Schaden nimmt das internationale Ansehen der EU dadurch, dass das bisherige 20-Prozent-Ziel kaum mehr als ein business-as-usual-Szenario darstellt. Will die EU ihre Führungsrolle im Klimaschutz wieder einnehmen, muss sie ihr Klimaziel auf mindestens 30 Prozent Reduktionen erhöhen.

Quellen

CAN Europe 2011: 30 %: Warum Europa seine Klimaziele für 2020 höher stecken sollte. Climate Action Network, Forum Umwelt und Entwicklung (deutsche Übersetzung), Brüssel, Bonn 2011. Siehe <http://www.die-klima-allianz.de/wp-content/uploads/2011/03/30Prozent.pdf>

CE Delft 2010: Will the energy-intensive industry profit from EU ETS under Phase 3? CE Delft, Delft 2010. Siehe <http://www.cedelft.eu/index.php?go=home.showPublicatie&id=1097>

Climate Strategies 2011: Revenue dimension of the EU ETS Phase III, Climate Strategies, Cambridge 2011. Siehe <http://www.climatestrategies.org/research/our-reports/category/61/313.html>

EC 2010a: Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. Analyse der Optionen zur Verringerung der Treibhausgasemissionen um mehr als 20 % und Bewertung des Risikos der Verlagerung von CO₂-Emissionen. COM(2010) 265 final. Europäische Kommission, Brüssel 2010. Siehe <http://eurlex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2010:0265:FIN:DE:PDF>

EC 2010b: Commission Staff Working Document. Analysis of options to move beyond 20 % greenhouse gas emission reductions and assessing the risk of carbon leakage - Background information and analysis, Part II. SEC(2010) 650. Europäische Kommission, Brüssel 2010.

EC 2011: Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. Fahrplan für den Übergang zu einer wettbewerbsfähigen CO₂-armen Wirtschaft bis 2050. KOM(2011) 112 endgültig. Europäische Kommission, Brüssel 2011. Siehe http://ec.europa.eu/clima/documentation/roadmap/index_en.htm

EEA 2010: Tracking progress towards Kyoto and 2020 targets in Europe. European Environmental Agency, Kopenhagen 2010. Siehe <http://www.eea.europa.eu/publications/progress-towards-kyoto/>

HCWHE and HEAL 2010: Acting now for a better health: 30 % reduction target for EU climate policy. Health and Environment Alliance and Health Care Without Harm – Europe, Brüssel 2010

Öko-Institut 2010a: Berechnungen mit dem ARRA-Modell des Öko-Instituts (unveröffentlicht, verfügbar auf Anfrage). Das Modell geht davon aus, dass das anteilige Verhältnis von ETS- und nicht-ETS-Sektoren am Erreichen des 30-Prozent-Ziels dem für das 20-Prozent-Ziel entspricht. Als Zertifikatspreis für ein 20-Prozent-Szenario werden 16 Euro im Jahr 2020 angenommen bzw. 29 Euro bei 30 Prozent Reduktionen, 100 Prozent Versteigerung für den Stromsektor, vollständig kostenlose Zuteilung für die exponierten Sektoren und 80 Prozent kostenlose Zuteilung für die übrigen Sektoren im Jahr 2013, absinkend auf 30 Prozent kostenlose Zuteilung im Jahr 2020.

Öko-Institut 2010b: Berechnungen des Öko-Instituts. Berlin, Oktober 2010.

Öko-Institut 2011a: Zusatzerträge von ausgewählten deutschen Unternehmen und Branchen im Rahmen des EU-Emissionshandelssystems, Analyse für den Zeitraum 2005–2012, Berlin 2011

Öko-Institut 2011b: Berechnungen des Öko-Instituts. Berlin, Mai 2011.

PIK 2011: A New Growth Path for Europe, Generating Prosperity and Jobs in the Low-Carbon Economy, Synthesis Report, Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK), Potsdam 2011. http://www.pik-potsdam.de/members/cjaeger/a_new_growth_path_for_europe_synthesis_report.pdf

Impressum

Autoren: Brot für die Welt, Germanwatch, Greenpeace, Oxfam, WWF
Stand 20.06.2011

Kontakt

Brot für die Welt

Postfach 101142
70010 Stuttgart
Telefon: 0711/2159-0
kontakt@brot-fuer-die-welt.de
www.brot-fuer-die-welt.de

Forum Umwelt & Entwicklung

Koblenzer Str. 65
53173 Bonn
www.forum-ue.de

klima-allianz deutschland

Marienstr. 19-20
10117 Berlin
Telefon: 030/ 678 17 75-72
info@klima-allianz.de
www.klima-allianz.de

Germanwatch

Kaiserstr. 201
53113 Bonn
Telefon: 0228/60492-0
info@germanwatch.org
www.germanwatch.org

Greenpeace e. V.

Große Elbstr. 39
22767 Hamburg
Telefon: 040/30618-0
mail@greenpeace.de
www.greenpeace.de

Oxfam Deutschland

Greifswalder Str. 33 a
10405 Berlin
Telefon: 030/4285 0621
info@oxfam.de
www.oxfam.de

WWF Deutschland

Reinhardtstr. 14
10117 Berlin
Telefon: 030/311777-0
info@wwf.de
www.wwf.de